



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 17. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages
am 15.06.2005
in Bremervörde, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzender Abg. Reinhard Brünjes
Landrat Dr. Hans-Harald Fitschen
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Ludwig Althaus
Abg. Renate Bassen
Abg. Reinhold Becker
Abg. Joachim Behnken
Abg. Hans-Hermann Beneke
Abg. Jürgen Borngräber
Abg. Doris Brandt
Abg. Hans-Hermann Brandt bis 11.35 Uhr
Abg. Hedda Braunsburger
Abg. Günter Brunkhorst
Abg. Rüdiger Bruns
Abg. Lütje Burfeindt bis 13.05 Uhr
Abg. Klaus Dreyer
Abg. Hans-Hermann Engelken
Abg. Friedhelm Fitschen
Abg. Reinhard Frick
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Innozenz Grad
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer
Abg. Ingrid Grimm
Abg. Bernhard Hasselhoff
Abg. Friedhelm Helberg bis 11.35 Uhr
Abg. Gerhard Holsten
Abg. Klaus Huhn
Abg. Karl-Heinz Imbusch
Abg. Jürgen Jürgensen
Abg. Hinrich Kackmann
Abg. Karl-Hans Keller
Abg. Johannes Klindworth
Abg. Volker Kullik
Abg. Thomas Lauber
Abg. Hartmut Leefers

Abg. Klaus Lütjens
Abg. Hans-Heinrich Miesner
Abg. Karlheinz Poredda
Abg. Hartmut Prella
Abg. Claus Riebesehl
Abg. Helmut Ringe
Abg. Susanne Rohr
Abg. Jürgen Rudolph
Abg. Luer Schlesselmann
Abg. Hans-Georg Schröder
Abg. Dr. Erika Schumann-Mößeler
Abg. Christian Sonnenwald
Abg. Detlef Steppat bis 13.00 Uhr
Abg. Erhard Thies
Abg. Heike Treu
Abg. Carl-Detlev von Hammerstein
Abg. Adolf Wilshusen
Abg. Bernd Wölbern

Verwaltung

Erster KR Hermann Luttmann
KVD Heinz Peimann
KVR'in Heike Körner
RR Markus Pragal
KOAR Gerd Fricke
Dipl. Kfm. Sven Höhl
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Hans-Heinrich Ehlen
Abg. Lühr Klee

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 16. Sitzung des Kreistages am 02.03.2005
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6 Besetzung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 2001-06/1104

- 7** Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Stade -
Wahlperiode 2005 bis 2010
a) Wahl der Wahlbevollmächtigten
b) Aufstellung der Vorschlagsliste
Vorlage: 2001-06/1066
- 8** Haushaltsüberschreitungen
- 8.1** Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 6520.935000 - Beschaffung von Gerä-
ten für die Straßenmeisterei
Vorlage: 2001-06/1156
- 8.2** Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 1320.935500 - Ersatzbeschaffung für
ELW 3
Vorlage: 2001-06/1133
- 8.3** Außerplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2310.943000 - Energiesparmaßnah-
men (131)
Vorlage: 2001-06/1153
- 8.4** Haushaltsüberschreitungen - Unterrichtung
Vorlage: 2001-06/1060
- 9** Änderung des Gebührentarifs zur Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die
Erhebung von Kostenersatz für Dienst- und Sachleistungen der Kreisfeuerwehr und der
Fernmeldewerkstatt außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben
Vorlage: 2001-06/1130
- 10** Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst im Landkreis Rotenburg
Vorlage: 2001-06/1131
- 11** Übergangsregelung für die Ausgestaltung des Förderangebots an Plätzen für Kinder im
Alter unter 3 Jahren und im schulpflichtigen Alter in Tageseinrichtungen und Tagespflege
nach § 24 a SGB VIII
Vorlage: 2001-06/1124
- 12** Stiftung Bachmann-Museum Bremervörde
1. Aufgabenübertragung an das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises
2. Satzungsänderung
Vorlage: 2001-06/1074
- 13** Geplantes Landschaftsschutzgebiet "Höhnsmoor"
Vorlage: 2001-06/0983
- 14** Grundstücksangelegenheit
Übertragung des Schulgrundstückes der ehemaligen Orientierungsstufe Freudenthalstra-
ße Rotenburg (Wümme) durch die Stadt Rotenburg (Wümme) auf den Landkreis Roten-
burg (Wümme)
Vorlage: 2001-06/1126
- 15** Premium Fleisch AG
hier: Zustimmung zu dem zwischen der NFZ Norddeutsche Fleischzentrale AG und der
Premium-Fleisch AG abgeschlossenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag
Vorlage: 2001-06/1159

- 16 Bestellung des Herrn Diplom-Kaufmanns Axel Bolz zum Prüfer
Vorlage: 2001-06/1096
- 17 Unterstützung der Städte und Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben entsprechend § 2 NLO; Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.03.2005
- 18 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.04.2005 bzgl. des stellv. Landrates Ehlen
- 19 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 07.06.2005; Resolution des Kreistages des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur magelhaften Unterrichtsversorgung an den öffentlichen allgemein bildenden Schulen
- 20 Anfragen
- 21 Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzender Brünjes eröffnet die Sitzung um 9.15 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist. Die Abgeordneten Ehlen und Klee fehlen entschuldigt. Er begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Weiter weist **Kreistagsvorsitzender Brünjes** darauf hin, dass für die heutige Kreistagssitzung kein Tagesordnungspunkt zur Aussprache in niederdeutscher Sprache vorgesehen worden sei. Den Abgeordneten sei es freigestellt, ihre Wortbeiträge in Niederdeutsch zu halten.

Der Kreistagsabgeordnete Bernd Wölbern sei mit Wirkung vom 01.06.2005 zum neuen Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion gewählt worden. Er sei Nachfolger des Abg. Jürgen Borngräber, der diese Funktion seit 1981 ausgeübt hatte. Der Kreistagsabgeordnete Borngräber werde sein Kreistagsmandat weiterhin wahrnehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Kreistagsvorsitzender Brünjes verweist auf den den Abgeordneten mit Schreiben vom 07.06.2005 zugesandten Eilantrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Verabschiedung einer Resolution zur Unterrichtsversorgung an den allgemein bildenden Schulen im Landkreis. Er schläge vor, die Tagesordnung der heutigen Kreistagssitzung entsprechend zu erweitern und diesen Antrag als neuen Punkt 19 der Tagesordnung zu behandeln.

Anschließend stellt der Kreistag einstimmig die Tagesordnung in der vorstehenden neuen Reihenfolge fest.

Im Anschluss daran überreicht **Landrat Dr. Fitschen** dem Kreisarchäologen a. D., Dr. Wolf-Dieter Tempel, das Ehrenzeichen in Gold des Landkreises Rotenburg (Wümme), das diesem vom Kreistag in seiner Sitzung am 02.03.2005 verliehen worden war. Er würdigt die von Herrn Dr. Tempel im Rahmen seiner Tätigkeit als Kreisarchäologe erworbenen besonderen Verdienste um das Wohl und das Ansehen des Landkreises.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 16. Sitzung des Kreistages am 02.03.2005 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Landrat Dr. Fitschen erklärt, seit der letzten Kreistagssitzung am 02.03.2005 sei der Kreisausschuss am 07.04., 09.05., 02.06. und 15.06.2005 zu Sitzungen zusammengetreten. Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden. Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Die Verkehrsgesellschaft Nord-Ost-Niedersachsen (VNO) sei beauftragt worden, in Verhandlungen mit dem Hamburger Verkehrsverbund (HVV) über ein Konzept für Tarifübergänge (einschließlich des Finanzierungsbedarfs) auf den Strecken Bremervörde-Horneburg-Hamburg sowie Rotenburg-Tostedt-Hamburg zu treten und ein Gesamtkonzept für tarifliche Lösungen und zur Verbesserung des ÖPNV für sämtliche Bereiche des Landkreises Rotenburg (Wümme) zu erarbeiten

Landrat Dr. Fitschen weist ergänzend darauf hin, dass parallel dazu eine vom Senat der Freien Hansestadt Hamburg in Auftrag gegebene Untersuchung laufe, den HVV weiter auszudehnen. Es sei zu begrüßen, wenn dies zu vernünftigen finanziellen Bedingungen realisiert werden könne.

Abg. Althaus meint, bei der Verteilung der ÖPNV-Mittel sollten nicht nur die VBN bzw. der HVV berücksichtigt werden. Auch der Bereich des Nordkreises dürfe nicht vernachlässigt werden.

2. Die Abfalldeponie Helvesiek sei nach über 25jähriger Verfüllzeit Ende Mai 2005 überwiegend geschlossen worden. Für den letzten, an der Sohle gedichteten Verfüllabschnitt, sei der Weiterbetrieb bis Mitte 2009 beantragt worden. Das Stilllegungskonzept für die Abfalldeponie Helvesiek solle als In situ Stabilisierung durchgeführt werden.
3. Wie auch bereits mit dem Landkreis Wegorzewo habe der Landkreis Rotenburg (Wümme) eine Vereinbarung über Zusammenarbeit mit dem polnischen Landkreis Sztum geschlossen. Auf der Grundlage der Patenschaft des Landkreises mit der Kreisgemeinschaft Stuhm sei eine Zusammenarbeit und ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch auf den Gebieten Verwaltung, Kultur, Sport, Touristik, Wirtschaftsförderung einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Wissenschaft und Technik vereinbart worden.
4. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) habe die Aufnahme der Beschulung für den Beruf „Werker/in im Gartenbau“ zum 01.08.2005 an den Berufsbildenden Schulen Rotenburg (Wümme) beantragt. Damit solle eine wohnortnahe Beschulung der Auszubildenden, die

in der Jugendhilfeeinrichtung Wümmetal Sottrum bzw. von dem Bildungswerk niedersächsischer Volkshochschulen Rotenburg ausgebildet werden, ermöglicht werden.

5. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) habe die Verkehrsgesellschaft Nord-Ost-Niedersachsen (VNO) mit der Erstellung der Ausschreibungsunterlagen für alle vier Teilnetze des ÖPNV auf der Straße im Landkreis beauftragt.

Auf Nachfrage des **Abg. Schleeßelmann** erklärt **Landrat Dr. Fitschen**, der Landkreis sei nur für den ÖPNV auf der Straße zuständig.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

1. Die Arbeitslosenzahlen für den Monat Mai 2005 seien den Abgeordneten in einer Übersicht auf den Tisch gelegt worden.
2. Das Jugendamt habe einen Plakatwettbewerb zum Thema „Kinder und Jugendliche im Landkreis Rotenburg (Wümme): Alkohol-frei-willig-ohne“ durchgeführt. Die Plakataktion sei durch die finanzielle Unterstützung der EWE-Stiftung, der Sparkassen im Landkreis Rotenburg (Wümme), der AOK sowie der Firma Zeller Druck aus Zeven ermöglicht worden. Kinder und Jugendliche im Alter von 12 bis 16 Jahren hätten sich im Rahmen dieses Wettbewerbs mit dem Thema Jugend und Alkohol auseinandergesetzt und dazu Plakate entworfen. Schulklassen, Jugendgruppen von Vereinen und Verbänden sowie Einzelpersonen seien zur Teilnahme aufgefordert gewesen. Insgesamt seien knapp 300 Plakate eingereicht worden. Bei der feierlichen Preisverleihung am 28.04.2005 im Ballhaus Meyer seien die Preisträger in den drei Jugendamtsbezirken Bremervörde, Zeven und Rotenburg sowie bei den Einzelteilnehmenden bekannt gegeben worden. Die Preise hätten jeweils 750 Euro (1. Preis), 500 Euro (2. Preis) sowie 250 Euro (3. Preis) für die Gruppensieger, bei den Einzelteilnehmenden entsprechend 300 Euro, 200 Euro und 100 Euro betragen. Die 12 prämierten Plakate seien gedruckt worden und könnten käuflich erworben werden (1 Plakat 5 Euro, Set mit allen 12 Plakaten 50 Euro), außerdem sollten sie in Gaststätten und Geschäften im Landkreis ausgehängt werden. Weiterhin sei geplant, eine größere Anzahl der eingereichten Plakate in einer Wanderausstellung zu zeigen. Vor dem Sitzungssaal seien Stellwände mit den Plakaten aufgebaut. Die Abgeordneten hätten die Möglichkeit, in der Sitzungspause die Plakate zu kaufen.
3. Für den 25.08.2005 sei eine zusätzliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr terminiert worden. Die Sitzung finde um 14.30 Uhr im kleinen Sitzungssaal des Kreishauses in Rotenburg statt.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Besetzung des Jugendhilfeausschusses**
Vorlage: 2001-06/1104

Beschluss:

1. Als Mitglied mit beratender Stimme im Jugendhilfeausschuss gem. § 2 Abs. 3 Buchst. b) der Satzung zur Regelung der Angelegenheiten des Jugendamtes des Landkreises Rotenburg (Wümme) wird Frau Richter in Ostermann, Richter in am Amtsgericht Rotenburg, bestimmt.
2. Als Vertreter des stimmberechtigten Mitgliedes Amor wird Frau Sabine Ahua, Kreisjugendwartin des Kirchenkreises Rotenburg, bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 53
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Stade - Wahlperiode 2005 bis 2010**
a) Wahl der Wahlbevollmächtigten
b) Aufstellung der Vorschlagsliste
Vorlage: 2001-06/1066

Beschluss:

Als Wahlbevollmächtigter für die Neuwahl der Vertrauensleute beim Verwaltungsgericht Stade wird der Abg. Johannes Klindworth, Wohnste, gewählt.

Als Vertreter wird der Abg. Klaus Dreyer, Hassendorf, gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 53
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Beschluss:

In die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Stade sind aufzunehmen:

1. Hartmut Leefers, Waffensen
2. Jürgen Rudolph, Tarmstedt
3. Jürgen Koch, Selsingen
4. Erich Gajdzik, Bremervörde-Elm
5. Johann Brunkhorst, Anderlingen
6. Jürgen Rademacher, Fintel
7. Rita Schnackenberg-Bammann, Heeslingen
8. Inge Hannemann, Lauenbrück
9. Karl-Heinz Imbusch, Bremervörde
10. Hans-Hermann Engelken, Horstedt
11. Katharina Merklein, Zeven
12. Harry Richter, Basdahl-Oese
13. Kristina Thiele, Bremervörde
14. Doris Brandt, Bremervörde
15. Claudia Ratschke, Bremervörde
16. Jutta Borngräber, Lauenbrück
17. Ingrid Grimm, Elsdorf
18. Ute Bruhn, Hassendorf
19. Karl-Hans Keller, Bothel
20. Helmut Sündermann, Visselhövede
21. Jürgen Borngräber, Lauenbrück
22. Helmut Ringe, Oerel
23. Hans-Heinrich Hinck, Ebersdorf
24. Annegret Stein, Gyhum

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

Abg. Helberg verlässt den Sitzungsraum.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen**

Punkt 8.1 der Tagesordnung: **Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 6520.935000 - Beschaffung von Geräten für die Straßenmeisterei**
Vorlage: 2001-06/1156

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 6520.935000 (Beschaffung von Geräten für die Straßenmeisterei) in Höhe von 37.000,00 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei den Haushaltsstellen 6520.950000 (Planungskosten für Straßenbaumaßnahmen) und 6520.980000 (Kostenanteil Kreisel Kreuzung B 71/K 211).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 51
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

Punkt 8.2 der Tagesordnung: **Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 1320.935500 - Ersatzbeschaffung für ELW 3**
Vorlage: 2001-06/1133

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 1320.935500 (Ersatzbeschaffung für ELW 3) in Höhe von 22.000,00 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei der Haushaltsstelle 1600.935100 (Einrichtung Nettoeregietrieb).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 8.3 der Tagesordnung: **Außerplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2310.943000 - Energiesparmaßnahmen (131)**
Vorlage: 2001-06/1153

Auf Nachfrage des **Abg. Althaus** bestätigt **Landrat Dr. Fitschen**, das für alle kreiseigenen Schulen die finanzielle und technische Realisierung der Nutzung von Blockheizkraftwerken geprüft werde.

Beschluss:

Der außerplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2310.943000 (Energiesparkosten (131)) in Höhe von 105.000,00 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei den Haushaltsstellen 3212.940600 (Bachmann-Museum Bremervörde, Sanierungskosten), 2310.948000 (Gymnasium Bremervörde, Erweiterungsbau 1. BA (119),) 2500.943000 (Johann-Heinrich-von-Thünen Schule Bremervörde Energiesparmaßnahmen (131)) und 2310.935600 (Gymnasium Bremervörde, Einrichtung (119)) sowie Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 2500.362900 (Zuweisung KSBK 130)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 8.4 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen - Unterrichtung**
Vorlage: 2001-06/1060

Der Kreistag nimmt von den eingetretenen Haushaltsüberschreitungen Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Änderung des Gebührentarifs zur Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Erhebung von Kostenersatz für Dienst- und Sachleistungen der Kreisfeuerwehr und der Fernmeldewerkstatt außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben**
Vorlage: 2001-06/1130

Beschluss:

Der geänderte Kostentarif zur Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Erhebung von Kostenersatz für Dienst- und Sachleistungen der Kreisfeuerwehr und der Fernmeldewerkstatt außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Beschluss:

Der Bedarfsplan für den Rettungsdienst im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird wie folgt fortgeschrieben:

1. Ziffer 1.3 wird um folgenden Satz ergänzt: „Gemäß Vereinbarung vom 13.07.2004 zwischen den DRK-Kreisverbänden nimmt der DRK-Kreisverband Bremervörde e. V. die Durchführung des Rettungsdienstes im gesamten Landkreis Rotenburg (Wümme) wahr.“
2. In der Rettungsmittelübersicht zu Ziffer 2.3 des Bedarfsplans ist für den Versorgungsbereich Zeven der RTW 2 ersatzlos zu streichen. Für den Versorgungsbereich Tarmstedt wird die Vorhaltezeit des RTW auf 24 Stunden täglich an allen Tagen des Jahres geändert. Die Vorhaltezeit des RTW im Versorgungsbereich Sottrum wird auf 12 Stunden täglich variabel in der Zeit von 6:00 Uhr bis 22:00 Uhr an 250 Tagen im Jahr geändert.
3. Der zweite Absatz der Ziffer 2.5 - Örtliche Einsatzleitung/Massenanfall von Verletzten - erhält folgende Fassung: „Der Landkreis Rotenburg (Wümme) kommt dieser gesetzlichen Verpflichtung dadurch nach, dass er eine Gruppe von 10 Leitenden Notärzten für das Gebiet des Landkreises benannt hat, die im Bedarfsfall alarmiert werden können.“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Übergangsregelung für die Ausgestaltung des Förderangebots an Plätzen für Kinder im Alter unter 3 Jahren und im schulpflichtigen Alter in Tageseinrichtungen und Tagespflege nach § 24 a SGB VIII**
Vorlage: 2001-06/1124

Abg. Treu erklärt, der vorgesehene Übergangszeitraum bis zum Jahr 2010 schein zu lang. Es bestehe ein Bedarf an weiteren Tagesförderplätzen im Landkreis. Sie schlage vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu formulieren, dass die Voraussetzungen schnellstmöglich, aber bis zum 01.10.2010, erfüllt würden.

Abg. Helberg nimmt wieder an der Sitzung teil.

Landrat Dr. Fitschen meint, durch den Vorschlag der Abg. Treu würde sich keine wesentliche Änderung ergeben.

Abg. Sonnenwald spricht die vorangegangene Beratung der Angelegenheit im Jugendhilfeausschuss an. Dabei sei deutlich geworden, dass für mehr entsprechende Plätze im Landkreis gesorgt werden müsse. Die zur Zeit vorhandenen Plätze im Kinderhaus Bremervörde, der KiTa Max und Moritz in Rotenburg, der Kinderbetreuung Regenbogen in Visselhövede, der KiTa Kinderladen e. V. in Stuckenborstel sowie der Kinderbetreuung Zwergenland in Heeslingen seien nicht ausreichend. Es gebe zu wenig Angebote in der Fläche. Die Empfehlungen aus der Jugendhilfeplanung sollten sehr ernst genommen werden. Der Landkreis müsse die kreisangehörigen Gemeinden bei der Umsetzung tatkräftig unterstützen. Auch

das Land Niedersachsen solle aufgefordert werden, die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Im Moment bestehe aber nur die Möglichkeit, von der gesetzlich vorgesehenen Übergangsregelung bis zum 01.10.2010 Gebrauch zu machen.

Auch **Abg. Bargfrede** spricht sich für den vorliegenden Beschlussvorschlag aus. Es sei unstrittig, dass für mehr Betreuungsplätze gesorgt werden müsse. Es stelle sich aber das Problem der Finanzierung. Hier sei der Bund gefordert, die vorgesehene Finanzierung durch Einsparungen aus den Hartz IV-Reformen tatsächlich zu ermöglichen.

Landrat Dr. Fitschen weist auf die einstimmigen Empfehlungsbeschlüsse des Jugendhilfeausschusses und des Kreisausschusses hin. Der Beschlussvorschlag sei an die gesetzliche Formulierung angelehnt.

Beschluss:

Es wird festgestellt, dass das erforderliche Förderangebot zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bereitgestellt werden kann. Die Verpflichtung nach § 24 Abs. 2-5 SGB VIII wird erst zu einem späteren Zeitpunkt, spätestens ab dem 01.10.2010 erfüllt. Im Rahmen der Jugendhilfeplanung werden für den Übergangszeitraum jährliche Ausbaustufen zur Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots beschlossen. Jährlich zum 15. März wird der aktuelle Bedarf ermittelt und der erreichte Ausbaustand festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	53
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 12 der Tagesordnung: **Stiftung Bachmann-Museum Bremervörde**
 1. Aufgabenübertragung an das Rechnungsprüfungs-
 amt des Landkreises
 2. Satzungsänderung
 Vorlage: 2001-06/1074

Abg. Dreyer spricht sich dafür aus, dem vorliegenden Beschlussvorschlag zu folgen. Er verweist auf die vom Kreistag beschlossene Änderung der Gebührensatzung für das Rechnungsprüfungsamt, wonach bei kreiseigenen Stiftungen entweder eine Mindestgebühr oder ein Gebührenverzicht vom Kreisausschuss beschlossen werden könne. Er bitte die Verwaltung, von dieser Regelung Gebrauch zu machen.

Abg. Behnken weist darauf hin, dass nach der Verwaltungsreform des Landes auch die Zuständigkeit für die Stiftungsaufsicht neu geregelt worden sei. Auch er unterstütze den vorliegenden Beschlussvorschlag. Der Landkreis solle aber nicht auch solche Aufgaben selbst erledigen, die andere Stellen günstiger wahrnehmen könnten.

Landrat Dr. Fitschen erklärt, ab dem Jahr 2007 werde die neu gegründete Kommunalprüfungsanstalt weitere Aufgaben der überörtlichen Prüfung übernehmen. Er spricht sich gegen einen Gebührenverzicht aus.

Beschluss:

1. Dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Rotenburg (Wümme) wird gemäß § 119 Abs. 2 (3) NGO die jährliche Prüfung der Wirtschaftsführung der Stiftung Bachmann-Museum übertragen.

2. Den im Kuratorium der Stiftung Bachmann-Museum Bremervörde vertretenen Kreistagsabgeordneten wird aufgegeben, der vorstehenden Satzungsänderung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	53
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 13 der Tagesordnung: **Geplantes Landschaftsschutzgebiet "Höhnsmoor"**
Vorlage: 2001-06/0983

Abg. Kullik erklärt, das Verfahren zur Unterschutzstellung des LSG Höhnsmoor sei eigentlich ein Rückschritt gewesen. Es habe erkennen lassen, welche Bedeutung der Landschaftsschutz im Landkreis habe. Dem Moorschutz komme in Niedersachsen ein besonderer Stellenwert zu. Für das Höhnsmoor sei zunächst die Ausweisung eines Naturschutzgebietes vorgesehen gewesen. Auch im Flurbereinigungsplan seien die Flächen als absolutes Grünland festgestellt worden. Da absolutes Grünland jedoch für die Landwirtschaft von untergeordneter Bedeutung sei, sei letztlich kein Naturschutzgebiet sondern lediglich ein Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen worden. Hierbei habe man auch auf die sonst üblichen Pufferzonen verzichtet. Die Gemeinde Scheeßel habe im Anhörungsverfahren vorrangig die Interessen der Landwirte vertreten und gefordert, auf die Ausweisung eines Landschaftsschutzgebietes zu verzichten. Folge sei eine Reduzierung der ursprünglich vorgesehenen Fläche um ca. 20 ha und eine Scharfparzellierung gewesen. Dabei seien auch Flächen aus dem Gebiet herausgenommen worden, die die Landwirtschaftskammer als schutzwürdig angesehen habe. Dennoch stimme seine Fraktion der jetzt vorgesehenen Ausweisung des LSG Höhnsmoor zu. Er plädiere jedoch dafür, dass der auch in der Agenda 21 geforderte Gedanke der Nachhaltigkeit in Zukunft wieder höher bewertet werde, als die Interessen Einzelner.

Abg. Behnken führt aus, es sei wichtig gewesen, dass in der Sache Einigkeit erzielt worden sei. Die Angelegenheit könne von unterschiedlichen Standpunkten betrachtet werden. Bei der Agenda 21 gehe es nicht nur um die Landwirtschaft. Eine Abstimmung mit den betroffenen Landwirten sei notwendig gewesen, um einen Konsens zu erreichen. Durch eine Unterschutzstellung sinke der Wert der landwirtschaftlichen Flächen.

Abg. Lütjens weist darauf hin, dass auch absolutes Grünland für die Landwirtschaft durchaus von Bedeutung sei.

Beschluss:

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Höhnsmoor" wird in der vorliegenden Fassung erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	53
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 14 der Tagesordnung: **Grundstücksangelegenheit
Übertragung des Schulgrundstückes der ehemaligen
Orientierungsstufe Freudenthalstraße Rotenburg
(Wümme) durch die Stadt Rotenburg (Wümme) auf den
Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2001-06/1126**

Abg. Dreyer möchte wissen, wie der angegebene Restbuchwert von 434.000 Euro ermittelt wurde, ob die vorgesehenen Aufwendungen von jährlich 55.000 Euro in Anbetracht der Finanzlage des Landkreises genehmigungsfähig seien und ob aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen im Bereich der BBS überhaupt Bedarf an weiterem Schulraum bestehe.

Dipl. Kfm. Höhl führt aus, die Stadt Rotenburg habe in das Gebäude seit dem Jahr 1978 rd. 1,7 Millionen Euro investiert. Unter Berücksichtigung der Zuwendungen aus der Kreisschulbaukasse und angemessener Abschreibungen sei ein Restbuchwert von ca. 434.000 Euro ermittelt worden. Nach Verhandlungen mit der Stadt Rotenburg biete sich nun die Möglichkeit, das Gebäude für 400.000 Euro zu erwerben. Der Neubau von Schulräumen sei in jedem Fall teurer.

KVD Peimann ergänzt, die Schülerzahlen der BBS Rotenburg (Wümme) nähmen weiter zu. Die vorhandenen Räumlichkeiten reichten bereits seit längerem nicht mehr aus. Man sei dringend auf die Nutzung der Schulräume angewiesen.

Abg. Leefers spricht sich dafür aus, dem Beschlussvorschlag zu folgen. Er weist darauf hin, dass in den Gremien der Stadt Rotenburg (Wümme) der Verkauf des Schulgebäudes aufgrund des günstigen Verkaufspreises nicht unumstritten gewesen sei.

Beschluss:

Dem Landkreis Rotenburg (Wümme) werden die Flurstücke 187/2 und 187/5 der Flur 7 von Rotenburg (Wümme), bebaut mit einem Schulgebäude, zu den genannten Bedingungen durch die Stadt Rotenburg (Wümme) zum Preis von 400.000,00 € übereignet. Im Gegenzug erhält die Stadt Rotenburg (Wümme) das kreiseigene unbebaute Flurstück 564/312 der Flur 6 von Rotenburg (Wümme) zum Gegenwert von 123.060,00 €. Die Restentschädigungssumme in Höhe von 276.940,00 € wird in fünf Jahresraten zu je 55.388,00 € ab dem Jahr 2006 gezahlt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	3
Enthaltung:	5

Punkt 15 der Tagesordnung: **Premium Fleisch AG
hier: Zustimmung zu dem zwischen der NFZ Norddeutsche
Fleischzentrale AG und der Premium-Fleisch AG
abgeschlossenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag
Vorlage: 2001-06/1159**

Abg. Borngräber weist auf die erheblichen Bedenken seiner Fraktion in dieser Angelegenheit hin. Umso wichtiger sei es, dass der Vertreter des Landkreises in der Hauptversammlung der Premium-Fleisch AG dem Kreisausschuss in seiner nächsten Sitzung hierzu berichte.

Abg. Brunkhorst erklärt, er werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Landrat Dr. Fitschen führt aus, man könne die Planungen des Konzerns nicht gänzlich durchschauen. Wichtig sei aber, dass der Standort Zeven erhalten bleibe. Die geplanten Investitionen von ca. 7 Millionen Euro deuteten nicht darauf hin, dass der Schlachthof Zeven in Kürze aufgegeben werden solle. Der Abg. Beneke, als Vertreter des Landkreises in der Hauptversammlung der Premium-Fleisch AG, solle in der nächsten Kreisausschusssitzung am 07.07.2005 berichten. Er plädiere für ein möglichst einstimmiges Votum des Kreistages. Dies auch im Hinblick darauf, dass andere beteiligte Landkreise entsprechend abgestimmt hätten.

Abg. Schleeßelmann spricht die Ausführungen von Herrn Dr. Schweer im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr an. Auch er bittet um Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt dem Abschluss des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages vom 02. Mai 2005 zwischen der NFZ Norddeutsche Fleischzentrale AG und der Premium-Fleisch AG zu.

Des weiteren wird beschlossen, den gegenwärtigen Aktienbestand an der Premium-Fleisch AG nicht zu verändern und das Angebot, den Aktienbestand gegen Zahlung einer Barabfindung in Höhe von 50 v.H. des Nennwertes zurückzugeben, nicht anzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	2

Punkt 16 der Tagesordnung: **Bestellung des Herrn Diplom-Kaufmanns Axel Bolz zum Prüfer**
Vorlage: 2001-06/1096

Beschluss:

Herr Diplom-Kaufmann Axel Bolz, geb.22.08.1963, wird zum Prüfer beim Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Rotenburg (Wümme) berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	53
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 17 der Tagesordnung: **Unterstützung der Städte und Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben entsprechend § 2 NLO; Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.03.2005**

Abg. Dreyer erklärt, mit ihrem Antrag habe die SPD-Fraktion darauf hinweisen wollen, dass der Landkreis die bisherige Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden und Samtgemeinden fortführen solle. Der Landrat habe hierzu bereits im Kreisausschuss Stellung bezogen.

Wenn der Landrat auch im Kreistag nochmals erkläre, dass die Unterstützung fortgeführt werde, habe der Antrag damit seine Erledigung gefunden.

Landrat Dr. Fitschen führt aus, der Landkreis werde die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden weiterhin im Rahmen seiner personellen und finanziellen Möglichkeiten unterstützen. Er weist darauf hin, dass § 2 NLO die Unterstützung der kreisangehörigen Gemeinden bei der Erledigung ihrer Aufgaben regelt. Die im Antrag der SPD-Fraktion angesprochene Jugendhilfeplanung gehöre aber nicht zu den gemeindlichen Aufgaben. Im übrigen werde der Landkreis Bitten weiterhin nachkommen, Aufforderungen dagegen nicht.

Abg. Bargfrede erklärt, 2 von 13 kreisangehörigen Gemeinden hätten beim Landkreis darum gebeten, Fragen der Jugendhilfeplanung in deren Jugendausschuss mit Vertretern des Landkreises zu erörtern. Daraufhin hätten u. a. an der Sitzung des Jugendausschusses der Stadt Rotenburg Vertreter des Landkreises teilgenommen. In dieser Sitzung seien aber keine konstruktiven Fragen an diese gestellt worden. Er begrüße es ausdrücklich, wenn der Landkreis den kreisangehörigen Gemeinden Unterstützung gewähre. Aber der Kreisverwaltung solle nicht mehr Arbeit als unbedingt nötig gemacht werden. Vertreter des Landkreises sollten zu gemeindlichen Ausschusssitzungen nur eingeladen werden, wenn konkrete Hilfe benötigt werde.

Abg. Sonnenwald weist darauf hin, dass die Jugendhilfeplanung und auch die Fortschreibung mit den Gemeinden abzustimmen sei. Da die Umsetzung der Empfehlungen in den Gemeinden schwierig sei, halte er eine Unterstützung durch den Landkreis für notwendig.

Abg. Holsten meint, der Landrat habe sich im Kreisausschuss zu dieser Angelegenheit bereits umfassend geäußert. Hierüber habe auch Einigkeit in allen Fraktionen bestanden. Auch er meint, das Personal der Kreisverwaltung solle nicht über Gebühr durch die Gemeinden beansprucht werden.

Abschließend führt **Abg. Dreyer** aus, da der Landrat erklärt habe, der Landkreis werde die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden weiterhin im Rahmen seiner finanziellen und personellen Möglichkeiten unterstützen, sei der Antrag der SPD-Fraktion damit erledigt. Im übrigen könne der Landkreis froh sein, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der Empfehlungen der Jugendhilfeplanung Hilfestellung leisteten.

Punkt 18 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.04.2005 bzgl. des stellv. Landrates Ehlen**

Abg. Sonnenwald begründet den Antrag der SPD. Er halte es zwar für unglücklich, dass der Abg. Ehlen in der heutigen Sitzung des Kreistages nicht anwesend sei. Aber das Thema Y-Trasse sei gerade in der Samtgemeinde Bothel wichtig. Wichtig sei auch, dass Einmütigkeit in der Frage der Ablehnung der Y-Trasse bestehe. Dies sei mit der Verabschiedung der Resolution durch den Kreistag im Jahr 2004 gelungen. Er weist auf Presseberichte vor der letzten Landtagswahl hin. Danach hätten sowohl der jetzige Ministerpräsident Wulff als auch der Abg. Ehlen sich gegen die Y-Trasse ausgesprochen. Nunmehr vertrete die Landesregierung und mit ihr der Abg. Ehlen eine andere Haltung. Es sei nicht zu akzeptieren, dass ein stellvertretender Landrat den Landkreis in dieser Form repräsentiere. Deswegen solle der Kreistag den Abg. Ehlen auffordern, sein Amt als stellv. Landrat zur Verfügung zu stellen. Ein weiteres Problem ergebe sich bei der Neuaufstellung des RROP. Die Samtgemeinde Bothel habe angeregt, die Y-Trasse im RROP nicht zeichnerisch darzustellen. Auch in seiner Resolution hatte der Kreistag gefordert, die landesplanerische Feststellung bis 2008 zu überprüfen. Sofern der Abg. Ehlen dem nicht nachkomme, verstoße er gegen geltendes Recht. Er bitte deshalb den Kreistag, dies nicht zuzulassen.

Abg. Bargfrede führt aus, die Y-Trasse sei nicht gut für den Landkreis Rotenburg (Wümme). Aber die SPD-Fraktion bewerte das Verhalten ihrer eigenen Abgeordneten im Bundestag anders als das von Kreistagsabgeordneten. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Stünker habe sich im Bundestag durch seine Zustimmung zum Bundesverkehrswegeplan wahlkreisschädlich verhalten. Auch die vormalige SPD-Landesregierung habe sich im Jahr 2000 mit der Y-Trasse befasst. In einem Schreiben an den Landkreis habe der damalige Innenminister Bartling ausgeführt, dass die Nds. Landesregierung für den Bau der Y-Trasse sei. Problematisch

sei die Situation dadurch, dass nur die Landkreise Verden und Rotenburg sich gegen die Y-Trasse aussprechen. Alle anderen Landkreise in der Region seien für den Bau. Seiner Ansicht nach helfe ein Ausbau der Strecke Bremen-Berlin der Region dagegen viel mehr. Dennoch solle der Landkreis den Minister Ehlen unterstützen. Die Anträge der SPD seien an Scheinheiligkeit und Doppelmoral nicht zu überbieten. Seine Fraktion werde diese ablehnen. **Abg. Wölbern** erklärt, die vom Abg. Bargfrede aufgestellten Behauptungen seien nicht belegbar. Es könne nicht hingenommen werden, dass für den Kreistagsabgeordneten Ehlen nach eigener Aussage „Landesinteressen vor Kreisinteressen“ stünden. Im übrigen sei die Y-Trasse nicht Thema des Antrages der SPD-Fraktion.

Auch **Abg. Sonnenwald** weist darauf hin, dass es hier nicht um die Y-Trasse gehe. Es sei gut, wenn die Planungen nicht realisiert würden. Speziell in der Samtgemeinde Bothel bestehe das Problem, dass gemeindliche Planungen nicht angestellt werden könnten. Deswegen habe der Kreistag in seiner Resolution auch gefordert, die landesplanerische Feststellung zu überprüfen. Diese Forderung müsse nochmals deutlich gemacht werden. Wenn der Abg. Ehlen nicht mehr sein Amt als stellvertretender Landrat ausüben müsse, könne er als Minister frei tätig werden.

Abg. von Bothmer bezweifelt, dass sich durch den geforderten Rücktritt des Abg. Ehlen als stellvertretender Landrat wieder eine Planungssicherheit für die Samtgemeinde Bothel ergeben werde.

Landrat Dr. Fitschen führt aus, die Y-Trasse sei seinerzeit von der SPD/Grüne-Landesregierung vorgeschlagen und von der CDU/FDP-Landesregierung zum Bundesverkehrswegeplan gemeldet worden. Derzeit sei eine Diskussion über die Y-Trasse nicht angezeigt. Er halte es für einen Segen für den Landkreis Rotenburg (Wümme), dass dieser in Hannover durch einen Minister vertreten werde. Er sei froh, dass dieser Minister auch einer seiner Stellvertreter sei. Dies komme dem Landkreis in vielen Bereichen zugute. Diese Situation solle weiter zum Wohle des Landkreises genutzt werden.

Abg. Wölbern weist nochmals darauf hin, dass der Antrag der SPD-Fraktion sich nur auf die Unvereinbarkeit der Äußerungen des Abg. Ehlen zur Y-Trasse mit seinem Amt als stellv. Landrat beziehe.

Anschließend stellt **Kreistagsvorsitzender Brünjes** die mit Schreiben vom 25.04.2005 von der SPD-Fraktion gestellten Anträge zur Abstimmung.

Der Antrag zu 1., der Kreistag solle feststellen, dass die Aussage des Kreistagsabgeordneten Hans-Heinrich Ehlen, für ihn gingen Landesinteressen vor Kreisinteressen, mit dem Amt des zweiten stellvertretenden Landrates unvereinbar seien, wird mit 22 Ja-Stimmen und 31 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Antrag zu 2., der Kreistag solle beschließen, der Kreistagsabgeordnete Hans-Heinrich Ehlen, Kalbe, werde aufgefordert, sein Amt als 2. stellvertretender Landrat des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Verfügung zu stellen, wird mit 22 Ja-Stimmen und 31 Nein-Stimmen abgelehnt.

Kreistagsvorsitzender Brünjes unterbricht die Sitzung von 11.05 Uhr bis 11.35 Uhr.

Punkt 19 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 07.06.2005; Resolution des Kreistages des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur magelhaften Unterrichtsversorgung an den öffentlichen allgemein bildenden Schulen**

Abg. Ringe führt aus, der Antrag der SPD-Fraktion stelle die belegbaren Fakten dar, so dass eine Diskussion hierüber eigentlich nicht notwendig sei. Die Situation der schlechten Lehrerversorgung unterliege nicht der Zuständigkeit des Landkreises. Deswegen solle in der Resolution auf die Missstände hingewiesen und Besserung gefordert werden. Es gebe keine

Veranlassung, sich für politische Absichtserklärungen der Landesregierung, die noch nicht umgesetzt seien, zu bedanken. Es müssten klare Worte gefunden werden, wenn mit einer möglichst einstimmig verabschiedeten Resolution etwas erreicht werden solle. Es sollte keine Verwaschungen des Textes geben, denn die Zustände im Landkreis seien nicht gut. Der Landkreis Rotenburg liege am Ende der Statistik der Unterrichtsversorgung in Niedersachsen. Deshalb bitte er um Zustimmung zum von seiner Fraktion vorgelegten Resolutionsentwurf.

Abg. Frick erläutert, der vor der Sitzung gebildeten interfraktionellen Arbeitsgruppe sei es gelungen, einen Kompromiss zu erarbeiten. Dieser habe jedoch in der SPD-Fraktion keine Zustimmung gefunden. Am Zustand der schlechten Unterrichtsversorgung im Landkreis gebe es nichts zu deuteln. Der Landkreis stehe schlecht da. Deshalb halte er die Verabschiedung einer Resolution für sinnvoll, um den Forderungen nach einer Verbesserung der Situation Nachdruck zu verleihen. Die Mitglieder der CDU-Fraktion hätten sich auch in der Vergangenheit bemüht, durch schriftliche Eingaben bei den Landtagsabgeordneten aus dem Landkreis auf eine Verbesserung hinzuwirken. Nunmehr bestehe Hoffnung auf Besserung. Der Vorsitzende des CDU-Landtagsfraktion habe bei einer Veranstaltung im Landkreis die Einstellung von 33 zusätzlichen Lehrkräften zugesagt. Sofern diese Ankündigung umgesetzt werde, könne man damit voll zufrieden sein. Dennoch könne eine Resolution des Kreistages sinnvoll sein, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen. Seine Fraktion halte es für besser, wenn die Situation nachhaltig verbessert werde. Die im Antrag der SPD-Fraktion geforderten Sofortmaßnahmen im internen Ausgleich halte er hierfür nicht für geeignet. Dies könne für den laufenden Schulbetrieb kontraproduktiv sein. Die angekündigten 33 Lehrkräfte müssten zusätzlich und nicht als Ersatz für ausscheidende Lehrkräfte eingestellt werden.

Anschließend trägt **Abg. Frick** den von der Arbeitsgruppe erarbeiteten Kompromissvorschlag vor:

„Der Kreistag Rotenburg (Wümme) stellt fest, dass er nach der Schulstrukturreform gemeinsam mit den Städten und Gemeinden in großer Einmütigkeit und unter größter eigener finanzieller Kraftanstrengung mit der Umsetzung seines (sächlichen) Teiles der Reform sofort begonnen und inzwischen große Teile vollendet hat.

In der amtlichen Frühjahresstatistik für das laufende Schuljahr (10.02.2005: HS 94,5 %, RS 93,7 %, GS 100,5 %) liegt der Kreis aber in der Lehrer-/Unterrichtsversorgung durch das Land vor allem bei den Haupt- und Realschulen und auch in den Grundschulen auf einem der letzten Plätze landesweit (HS 97,9 %, RS 98,6 %, GS 101,9 %).

Bei den Stellenzuweisungen im Rahmen der Neuausschreibungen für das kommende Schuljahr muss der Landkreis Rotenburg (Wümme) durch die Schulbehörde besonders berücksichtigt werden, um wenigstens wieder den Landesdurchschnitt in der Unterrichtsversorgung zu erreichen und eine dauerhafte Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund begrüßt und unterstützt der Kreistag die Bemühungen des Niedersächsischen Kultusministeriums, 33 Lehrkräfte zusätzlich zu den bestehenden Stellen zum Schuljahresbeginn 2005 einzustellen und fordert das Kultusministerium gleichzeitig auf, die geplante Maßnahme zügig umzusetzen.

Alle Landtagsabgeordneten unseres Landkreises und insbesondere Herr Minister Ehlen werden um besondere Unterstützung bei der Beseitigung der deutlichen bildungspolitischen Benachteiligung gebeten.“

Er appelliere an alle Abgeordneten des Kreistages, diesem Vorschlag zu folgen.

Abg. Treu führt aus, es sei wichtig, zu einer einvernehmlichen Fassung der Resolution zu kommen. Das Kultusministerium müsse sich an der gegebenen Zusage messen lassen. Die Arbeitsgruppe habe sich noch auf folgende Ergänzung des vorletzten Absatzes der Resolution verständigt:

„...und weitere Maßnahmen vorzusehen, um eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung zu erreichen.“

Bezug nehmend auf die Äußerungen des Abg. Frick zur nicht ausreichenden Lehrerversorgung merkt **Abg. Wilshusen** an, es würde dennoch nach wie vor zugelassen, dass Lehrer vorzeitig in den Ruhestand versetzt würden.

Abg. Ringe erklärt, Absprachen der Fraktionen untereinander hätten rechtzeitig vor der heutigen Sitzung getroffen werden sollen. Die Einstellung von 33 zusätzlichen Lehrkräften stelle lediglich eine Absichtserklärung dar. Die im Resolutionsvorschlag der SPD-Fraktion geforderten Sofortmaßnahmen beinhalteten, dass entsprechende Stellenausschreibungen bereits jetzt vorgenommen werden sollten. Das von Schulen aus dem Landkreis Rotenburg (Wümme) nur wenige Anträge auf Einrichtung von Ganztagschulen oder eigenverantwortlichen Schulen gestellt worden seien, sei auch darin begründet, dass die Schulen bereits jetzt eine ausreichende Unterrichtsversorgung nicht mehr sicherstellen könnten.

Abg. Schleeßelmann spricht sich für eine Abstimmung über den vorliegenden Resolutionsvorschlag der SPD-Fraktion aus.

Abg. Bruns stimmt dem zu. Im Schulausschuss sei berichtet worden, dass zum Ende des Schuljahres 2004 im Bereich der Haupt- und Realschulen insgesamt 13 Lehrkräfte ausgeschieden und davon lediglich 4 Stellen zur Wiederbesetzung ausgeschrieben worden seien. Man könne davon ausgehen, dass die Situation im Bereich der Gymnasien und der Berufsbildenden Schulen vergleichbar sei. Landesweit seien etwa 500 Lehrerstellen zum Schuljahresende 2004 eingespart worden. Auch das einige der freigewordenen Stellen nicht zum Beginn des neuen Schuljahres, sondern erst zum 01.01.2005 wieder besetzt worden seien, hätten die Schulen intern ausgleichen müssen. Der Standard für eine 100%ige Unterrichtsversorgung sei vom Kultusministerium herabgesetzt worden. Den jetzt angekündigten 33 Neueinstellungen müssten die ausscheidenden Lehrer gegen gerechnet werden. Im übrigen sei es vermutlich auch schwierig, ausreichend qualifizierte Lehrkräfte zu finden. Die Landesregierung halte sich nicht an ihre eigenen Verordnungen, z. B. im Bereich der Ganztagschulen. Wenn die Kreistagsabgeordneten der Meinung seien, über die angekündigten 33 Lehrkräfte jubeln zu müssen, sollten sie das tun.

Abg. Gajdzik meint, die Situation der schlechten Unterrichtsversorgung sei nicht erst jetzt entstanden. Er habe vermisst, dass nicht bereits früher ein entsprechender Antrag gestellt worden sei. Er spricht sich für eine gemeinsam erarbeitete Resolution aus.

Landrat Dr. Fitschen führt aus, ein nachträglicher Versand des von ihm in der heutigen Sitzung des Kreisausschusses vorgelegten Resolutionsentwurfes an alle Kreistagsabgeordneten habe sich nicht mehr realisieren lassen. Es sei wichtig, einen Konsens zu erzielen. Nur eine einstimmig verabschiedete Resolution könne Erfolg haben. Den Formulierungsvorschlag der Abg. Treu halte er für wichtig. Nach seiner Kenntnis beinhalte die Zusage der Landesregierung, 33 neue Lehrkräfte einzustellen, dass diese zusätzlich zum bisherigen Bestand eingestellt würden. Sollte dies nicht der Fall sein, müsse man hier nachhaken.

Abg. Holsten vertritt die Ansicht, es sei schon immer schwierig gewesen, für den ländlichen Bereich qualifizierte Lehrkräfte zu finden. Wichtig sei, dass in dieser Hinsicht etwas unternommen werde. Er schlage vor, dem von der Arbeitsgruppe erarbeiteten Vorschlag zu folgen.

Abg. Ringe erklärt, der Kreistag solle die Interessen des Landkreises vertreten. Bei einer Unterrichtsversorgung von etwa 94% im Bereich der Haupt- und Realschulen liege der Landkreis weit unter dem Landesdurchschnitt. Hier müsse der Kreistag tätig werden. Der vom Landrat vorgelegte Resolutionsentwurf enthalte nach seiner Ansicht zuviel Dank.

Abg. Wölbern meint, wenn der von der SPD-Fraktion formulierte Resolutionsvorschlag nicht konsensfähig sei, werde man dies akzeptieren. Auch ihm enthalte der vom Landrat vorgelegte Vorschlag zuviel Dankesworte. Er bitte die Abgeordneten um Zustimmung zum Resolutionsentwurf der SPD-Fraktion.

Abg. von Bothmer erklärt, derartige Formulierungsfragen sollten zukünftig im Vorfeld geklärt werden. Die jetzt im Kreistag geführte Debatte werfe kein gutes Bild auf den Kreistag. Man solle entweder dem von der Arbeitsgruppe gefundenen Kompromissvorschlag folgen oder keine Resolution verabschieden.

Nachdem von der **Abg. Treu** und dem **Abg. Frick** weitere Formulierungsvorschläge mündlich gemacht werden, unterbricht **Kreistagsvorsitzender Brünjes** die Sitzung um 12.30 Uhr und bittet die Vertreter der Fraktionen des Kreistages nochmals, einen gemeinsamen Resolutionsentwurf zu erarbeiten und in schriftlicher Form vorzulegen.

Um 12.50 Uhr nimmt der Kreistag die Aussprache zu diesem Punkt der Tagesordnung wieder auf.

Kreistagsvorsitzender Brünjes erklärt, der von der interfraktionellen Arbeitsgruppe erarbeitete Resolutionsentwurf sei den Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden.

Abg. Ringe meint, wichtig sei ein gemeinsamer Resolutionstext. Deswegen bitte er die Abgeordneten, diesem Vorschlag zuzustimmen.

Beschluss:

Der Kreistag Rotenburg (Wümme) stellt fest, dass er nach der Schulstrukturreform gemeinsam mit den Städten und Gemeinden in großer Einmütigkeit und unter größter eigener finanzieller Kraftanstrengung mit der Umsetzung seines (sächlichen) Teiles der Reform sofort begonnen und inzwischen große Teile vollendet hat.

In der amtlichen Frühjahresstatistik für das laufende Schuljahr (10.02.2005: HS 94,5 %, RS 93,7 %, GS 100,5 %) liegt der Kreis aber in der Lehrer-/Unterrichtsversorgung durch das Land vor allem bei den Haupt- und Realschulen und auch in den Grundschulen auf einem der letzten Plätze landesweit (HS 97,9 %, RS 98,6 %, GS 101,9 %).

Bei den Stellenzuweisungen im Rahmen der Neuausschreibungen für das kommende Schuljahr muss der Landkreis Rotenburg (Wümme) durch die Schulbehörde besonders berücksichtigt werden, um wenigstens wieder den Landesdurchschnitt in der Unterrichtsversorgung zu erreichen und eine dauerhafte Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund fordert der Kreistag das Kultusministerium auf, die dem Landkreis Rotenburg zugesagten 33 Lehrkräfte zusätzlich zu den bestehenden Stellen zum Schuljahresbeginn 2005 einzustellen und weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die besonders unterversorgten Schulen mit ausreichenden Lehrerstunden zu versorgen.

Alle Landtagsabgeordneten unseres Landkreises und insbesondere Herr Minister Ehlen werden um besondere Unterstützung bei der Beseitigung der deutlichen bildungspolitischen Benachteiligung gebeten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 20 der Tagesordnung: Anfragen

Abg. Sonnenwald fragt, wie wichtig die Arbeit des Kinderladens der Frau Mühleweg in Rotenburg (Wümme) für den Landkreis sei und welche Beschlüsse in den zuständigen Gremien bzgl. der Übernahme der Kosten gefasst worden seien.

Landrat Dr. Fitschen antwortet, der Kinderladen leiste wichtige Arbeit im Landkreis Rotenburg (Wümme). Niemand wolle den Bestand der Einrichtung gefährden. Allerdings sei es wegen der sich aus dem SGB II ergebenden Zuständigkeitsänderungen unumgänglich zu prüfen, welche Leistungen noch in die Zuständigkeit des Landkreises fielen. Der Landkreis habe Frau Mühleweg Hilfestellung bei der Zusammenstellung der notwendigen Daten angeboten. Von diesem Angebot habe sie bisher jedoch keinen Gebrauch gemacht.

Abg. Steppat verlässt die Sitzung um 13.00 Uhr.

Abg. Schleeßelmann fragt nach den bisherigen Erfahrungen des Landkreises mit den stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen.

Landrat Dr. Fitschen erklärt, er werde hierzu in der nächsten Sitzung des Kreisausschusses berichten.

Abg. Kullik spricht die Verkehrssituation in Karlshöfen an. Hier habe ein Ortstermin mit Vertretern der zuständigen Landesbehörde und auch des Landkreises stattgefunden. Man habe sich u. a. darauf verständigt, dass ein "Tempo 30" Schild aufgestellt werden solle. Er fragt, ob der Standort für eine solche Beschilderung ausreichend geprüft worden sei und nicht ein Hinweisschild "gefährliche Ortsdurchfahrt" ggf. sinnvoller sei. Weiter möchte er wissen, ob die vorgesehene Entschärfung des Kurvenbereiches geeignet sei, zu einer Reduzierung der Geschwindigkeit der LKW beizutragen und ob die Schulwegsicherung bedacht worden sei.

Landrat Dr. Fitschen sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

Abg. Leefers weist die Abgeordneten auf die bevorstehende Eröffnung des Mehrgenerationenhauses in Waffensen hin und fragt, ob er davon ausgehen könne, dass diese an der Veranstaltung teilnehmen würden.

Punkt 21 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Herr Hans-Heinrich Hinck aus Ebersdorf fragt, ob der Landkreis in Erwägung gezogen habe, an der angesprochenen Kurve in Karlshöfen eine stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlage aufzustellen.

Landrat Dr. Fitschen antwortet, die Verkehrsunfallkommission habe festgelegt, an welchen Unfallschwerpunkten die Anlagen aufgestellt werden sollten. Ein Wechsel des Standortes könne in Erwägung gezogen werden.

Kreistagsvorsitzender Brünjes beendet den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung. Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

Abg. Burfeindt verlässt die Sitzung um 13.05 Uhr.

Kreistagsvorsitzender

Landrat

Protokollführer